

SERIE NEUE ENTSCHEIDER, NEUE HERAUSFORDERUNGEN

DIE EU BRAUCHT DRINGEND NEUE IMPULSE!

Jacques Delors, António Vitorino und die Teilnehmer des 2014 European Steering Committee des Jacques Delors Institute

Mit der Abschlusserklärung „Die EU braucht dringend neue Impulse“ rufen die Teilnehmer unseres European Steering Committee 2014 die nach den Wahlen im Mai 2014 einberufenen, neuen europäischen Institutionen auf, angesichts der Herausforderungen, die die EU zu meistern hat, eine historische Verantwortung zu übernehmen.

Dieser Standpunkt wurde in folgenden europäischen und internationalen Zeitungen und Online-Portalen veröffentlicht: [Euractiv.com](#) (EU), [Le Figaro](#) (Frankreich), [Handelsblatt](#) (Deutschland), [Huffington Post - Québec](#) (Kanada), [Le Jeudi](#) (Luxemburg), [La Libre Belgique](#) (Belgien), [La Repubblica](#) (Italien), [La Vanguardia](#) (Spanien) und [To Vima](#) (Griechenland). Er wird auch bald in folgenden Medien veröffentlicht werden: [Publico](#) (Portugal) und [Jurnalul.ro](#) (Rumänien).

Die nach den Wahlen im Mai 2014 einberufenen europäischen Institutionen tragen eine historische, ja gewaltige Verantwortung: Angesichts des von Euroskeptikern und EU-Gegnern gemeinsam ausgeübten Drucks müssen sie der europäischen Integration dringend neue Impulse verleihen. Die EU wurde kaum jemals so heftig kritisiert, wie dies zurzeit der Fall ist, und doch ist sie im Kontext einer Globalisierung, in der Europa altert und schrumpft, nach wie vor unabdingbar.

1. Europäer, die sich der Welt zuwenden

Diese neuen Impulse werden die Europäer zunächst finden, indem sie sich dem Rest der Welt zuwenden, und zwar deutlich stärker als dies während der nicht enden wollenden und verheerenden Krise der Eurozone der Fall war. Von Peking, Brasilia oder Bamako aus betrachtet eint uns bereits jetzt der Wille, wirtschaftliche Effizienz, sozialen Zusammenhalt und Umweltschutz in einem pluralistischen Rahmen miteinander zu verbinden. Stärken wir unsere Union, um diesen gemeinsamen Willen, unsere Interessen und unsere Werte in einer immer weniger eurozentrischen Welt durch eine kohärentere Handelspolitik und Außenhilfe, durch die Schaffung einer richtigen Energieunion bzw. durch die beharrliche Stärkung unserer gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik zu fördern - denn Einigkeit macht stark! Natürlich braucht die Europäische Union das Vereinigte Königreich, wenn die Mehrheit seiner Bürgerinnen und Bürger weiterhin Teil der EU sein will

- ein Gefängnis ist die Europäische Union nicht. Nach 2020 werden einige andere Nachbarstaaten, in erster Linie Balkanstaaten, der Europäischen Union beitreten. Auf kurze Sicht besteht die dringlichste Aufgabe der Europäischen Union darin, im Rahmen der EU-28 und der Eurozone gemeinsame Fortschritte zu erzielen, um ein Wachstums- und Beschäftigungsniveau zu erreichen, durch das die innere Dynamik und die externe Glaubwürdigkeit der EU wiederhergestellt werden.

2. Bessere Nutzung der von der EU gebotenen Chancen

Um der EU neue Impulse zu geben, müssen zudem die Chancen, die die EU als Wirtschaftsraum und Freizügigkeitszone sowie als Träger öffentlicher Gewalt bietet, besser genutzt werden: Auch wenn die grundlegende wirtschaftliche, bildungspolitische und soziale Ausrichtung weiterhin den Mitgliedstaaten obliegt, bedarf es zur Überwindung der Krise auch der Europäischen Union. Vertiefen wir den Binnenmarkt in den Bereichen Dienstleistungen, digitale Wirtschaft, Kapitalmarkt und Großinfrastrukturen, um ein stärker qualitatives Wachstum und mehr Arbeitsplätze zu schaffen, und lassen wir den zerstörerischen Wettbewerb auf sozialer und steuerlicher Ebene endlich hinter uns. Schützen und fördern wir die Arbeitnehmerfreizügigkeit und den freien Personenverkehr, von denen Millionen von Arbeitsplätzen abhängen, unter Wahrung des Grundsatzes der Nichtdiskriminierung und ergänzen wir sie durch eine gemeinsame und solidarische

Migrationspolitik. Erhöhen wir gemeinsam unsere Ausgaben und Investitionen, u.a. indem wir den von der Juncker-Kommission vorgeschlagenen Plan – trotz seiner Einschränkungen – nachdrücklich unterstützen und Staaten und private Akteure auffordern, ihn stärker mitzutragen. Handeln wir gemeinsam, um die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen und zu verhindern, dass eine „verlorene Generation“ entsteht. Vollenden wir die Wirtschafts- und Währungsunion, indem wir die grundlegenden Prinzipien und Regeln, auf denen sie beruht, beachten – insbesondere jene in Bezug auf die Kontrolle exzessiver Verschuldung (und nicht der Verschuldung an sich) – und indem wir sie mit politischen Legitimationsmechanismen und Finanzinstrumenten zur Stabilisierung und Förderung von Reformen ausstatten, durch die eine Rückkehr zur „IWF-EU“, d.h. zu einer sich zum IWF gewandelten EU, der letzten Jahre verhindert werden kann.

3. Die EU als Antwort auf Bedrohungen

Viele Europäer empfanden das Modell „IWF-EU“ als Bedrohung, da es zu Hilfeleistungen führte, die an schmerzhaft und ungerechte Reformen und Haushaltskürzungen geknüpft waren. Zu oft wird dabei vergessen, dass diese Kooperation auch für eine Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten sorgte, die übrigens zuweilen infrage gestellt wird. Der europäischen Integration neuen Schwung zu verleihen, bedeutet auch, Sorge zu tragen, dass sie nicht als Bedrohung, sondern als Antwort auf die die Ängste schürenden Bedrohungen und Herausforderungen erscheint, und damit tatsächlich den Nutzen der

Union zu erhöhen: Man denke an die Konfrontation mit Wladimir Putin und die Instabilität zahlreicher Nachbarländer, die es in ihrem Kampf zu unterstützen gilt (sei es die Ukraine oder Tunesien), an die Terrorzellen in der Sahelzone und im Nahen Osten, an die von den Auswüchsen der Finanzwelt und der unkontrollierten Steueroptimierung verursachten Schäden, an das Schreckgespenst der Deflation bzw. der Deindustrialisierung oder an die mit dem Klimawandel und der Abhängigkeit von Energieimporten verbundenen Risiken ... Die neuen europäischen Entscheidungsträger können der naheliegenden Versuchung nachgeben, die Ausarbeitung von Gesundheits- oder Umweltnormen einzuschränken, die nicht verstanden und abgelehnt werden und deren technischer Nutzen de facto oft geringer ausfällt als der politische Schaden, den sie anrichten. Letztlich werden sie am Ende ihres Mandats aber auch danach beurteilt werden, inwieweit sie in der Lage waren, den wesentlichen Bedrohungen und Herausforderungen, denen sich die Europäer gegenübersehen, wirksam zu begegnen.

Das europäische Einigungsprojekt wurde vor mehr als 60 Jahren angestoßen, um den Wiederaufbau voranzutreiben und angesichts der Teilung Europas einen Raum des Friedens und der gegenseitigen Achtung zu schaffen. Heute muss die EU mehr denn je unter Beweis stellen, dass sie in der Lage ist, die Bürgerinnen und Bürger, in deren Dienst sie in den entscheidenden nächsten Jahren stehen soll, zu mobilisieren und zu schützen. Und den Verantwortlichen der Europäischen Union sollte bewusst sein: Es ist fünf vor zwölf!

Zu den gleichen Themen...

A NEW ROAD MAP FOR THE EU

António Vitorino, *Tribune – Interview ahead of the European Council*, Notre Europe – Jacques Delors Institute, December 2014

ENGAGING EUROPE IN THE WORLD

Jacques Delors, Pascal Lamy, António Vitorino, Eneko Landaburu, Elisabeth Guigou, Etienne Davignon, Nicole Gnesotto, Philippe De Schoutheete, Elvire Fabry and Sami Andoura, *Tribune*, Notre Europe – Jacques Delors Institute, June 2014

POST-ELECTION EU: ASK FOR THE PROGRAMME!

Jacques Delors and António Vitorino, *Tribune – Viewpoint*, Notre Europe – Jacques Delors Institute, June 2014

Herausgeber: Prof. Dr. Henrik Enderlein • Die Publikation gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren wieder • Alle Rechte vorbehalten • Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe zulässig • Übersetzung aus dem Französischen: Verena Holler • © Jacques Delors Institut – Berlin, 2014.



Hertie School
of Governance

Pariser Platz 6, D - 10117 Berlin
19 rue de Milan, F - 75009 Paris
office@delorsinstitut.de
www.delorsinstitut.de

